Interview Stefan Kooths

„Milei ist ein Glücksfall für den Liberalismus“

Der Vorsitzende der Hayek-Gesellschaft sieht im argentinischen Staatspräsidenten einen „liberalen Kontrapunkt zum staatsgläubigen Mainstream“. Und er glaubt an eine globale liberale Wende, die Milei einläuten könnte.

Jens Münchrath, Julian Olk
15.03.2024 - 12:30 Uhr

Stefan Kooths ist Vorsitzender der Hayek-Gesellschaft und Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am Kiel Institut für Weltwirtschaft. Foto: IMAGO/photothek

Berlin, Düsseldorf. Als Javier Milei neuer Präsident in Argentinien wurde, löste das weltweit eine Mischung aus Verwunderung und Furcht aus. Bloß bei der Hayek-Gesellschaft nicht. Die kündigte vielmehr an, Milei ihren wichtigsten Preis zu verleihen: die Hayek-Medaille.

Oberste Maxime der Gesellschaft ist neben dem Liberalismus die Überparteilichkeit, für Milei allerdings ergreift sie entschlossen Partei. Vor einigen Jahren geriet die Hayek-Gesellschaft wegen ihrer fehlenden Abgrenzung nach rechts, insbesondere zur AfD, in die Schlagzeilen. Prominente Mitglieder verließen das Bündnis.

Grundsätzlich steht die Hayek-Gesellschaft in der Tradition eines der wichtigsten Denker des Liberalismus, Friedrich August von Hayek. Wie passt das mit einer Medaille für einen Exzentriker wie Milei zusammen? Der Vorsitzende der Hayek-Gesellschaft, der Berliner Ökonom Stefan Kooths, sieht in Milei weniger einen Querkopf als einen wahren Liberalen.

Herr Kooths, die Hayek-Gesellschaft ehrt den argentinischen Präsidenten mit einer Medaille. Javier Milei ist wegen seiner Radikalität umstritten. Sind Sie sicher, dass Sie diese Auswahl nicht eines Tages bereuen werden?
Nein, eine Preisverleihung ist ja weder eine Heiligsprechung noch ein Unfehlbarkeitsattest. Es geht darum, dass Javier Milei die Weitsicht und den Mut besitzt, einem Land, das seit Jahrzehnten von einer Krise in die nächste taumelt, eine Runderneuerung anzubieten, die an den Wurzeln des Übels ansetzt. Und hierbei stützt er sich vielfach auf grundlegende Einsichten, die auch die liberale Sozialphilosophie Hayeks ausmachen.

Das heißt, Milei bekommt den Preis für bloße Ankündigungen?
Wir würdigen, dass er Argentinien die Chance gibt, mit einem dezidiert marktwirtschaftlichen Reformprogramm aus dem ökonomischen Chaos der Vergangenheit auszubrechen und wieder die Grundlagen für Freiheit, Wohlstand und sozialen Frieden zu legen. Einen solchen grundlegenden Umbau auf die politische Agenda gebracht zu haben ist bereits eine großartige Leistung. Er hat viele Argentinier für freiheitliche Ideen begeistert, die ihn dafür mit großer Mehrheit gewählt haben. Sein unkonventionelles Auftreten mag manche verstören, immerhin hat er damit sehr erfolgreich die Aufmerksamkeit auf Ideen gelenkt, die sonst über akademische Zirkel kaum hinauskommen. Über Stilfragen kann man trefflich streiten, darum ging es aber bei der Medaillenentscheidung nicht.

Stilfragen? Es geht doch auch um Inhalte. In seiner Rede in Davos bezeichnet er etwa die ökologische Bewegung oder die Frauenbewegung als „Sozialismus“, die es zu bekämpfen gelte.
Er bekommt die Auszeichnung ja nicht für seine Verdienste als Naturwissenschaftler …

Das meinen Sie nicht ernst …
Nach meiner Lesart geht es Milei weniger um die Ziele dieser Bewegungen, sondern um die Instrumente zur Erreichung dieser Ziele. Er kritisiert, dass unter dem Deckmantel der Klimapolitik eine völlig sachfremde Debatte geführt wird, nämlich die der Systemtransformation. Wenn Banner wie „Burn capitalism, not coal“ gezeigt werden oder einige nach einer Kriegswirtschaft rufen, um die Transformation zu bewältigen, merken Sie, dass mitunter das Klimathema gekapert wird, um die marktwirtschaftliche Ordnung aus den Angeln zu hebeln. Hier wittern tatsächlich einige Sozialisten Morgenluft, um ihre gescheiterte Ideologie mit grünem Anstrich wiederzubeleben.

Und das gilt auch für die Emanzipation der Frau?
Die steht doch gar nicht infrage. Es geht auch hier um den Weg, nicht um das Ziel. Braucht es für faire Chancen von Frauen ein Frauenministerium? Oder sollte man lieber Privilegien abschaffen, die dem Wettbewerb entgegenstehen? Offene Märkte und gleiche Rechte für alle sind für Liberale der Königsweg, damit sich Leistung gegenüber Kungelei durchsetzen kann. Denn auf freien Märkten müssen Diskriminierer die Kosten ihrer Vorurteile immer auch selbst tragen.

Seit dem 10. Dezember 2023 ist Javier Milei Präsident von Argentinien. Foto: REUTERS

Aber ist das Verbot des Genderns in Behörden, das Milei verhängt hat, nicht auch interventionistisch und steht es nicht im direkten Widerspruch zur propagierten individualistischen Freiheit?
Wohl kaum. Wenn auch das Schleifen staatlicher Interventionen interventionistisch sein soll, verliert der Begriff jeden Sinn. Konkret: Sprache verändert sich permanent, und solange sich das evolutionär – Hayek würde sagen: spontan – von unten vollzieht, ist das wunderbar. Etwas ganz anderes ist es, wenn der Bevölkerung durch die Behörden eine andere Sprachnorm aufgedrückt werden soll.

„Milei ist kein Protektionist“

Ein anderes Beispiel: Mileis erste Amtshandlung war der Versuch, sich mehr Durchgriffsrechte zu sichern. Auch das klingt nicht nach einer liberalen Einstellung, sondern eher nach Trump, der nur für einen Tag Diktator sein will ...
Das wiederum meinen Sie nicht ernst. Schon der Vergleich: Milei ist kein Protektionist wie Trump, er ist kein Interventionist wie Trump. Und bei Trump kann

ich im Gegensatz zu Milei kein tieferes Verständnis des Wirtschaftssystems erkennen. Für Trump ist ein Land bloß ein großes Unternehmen, das er wie ein CEO führen will. „Der Freihandel tötet uns“, hat er mal gesagt. Solchen Nonsens werden Sie von Milei sicher nicht hören.

Nicht alle Rechtspopulisten sind Protektionisten, siehe AfD ...
Rechtspopulisten sind typischerweise Protektionisten, weil sie einem ökonomischen Nullsummendenken folgen und dadurch einen Gegensatz zwischen Inland und übriger Welt konstruieren. Milei aber will das Land öffnen, nach innen und außen. Er will nicht den Staat zur Beute einer neuen Partikulargruppe machen, sondern er will ihn insgesamt zurückstutzen. Er steht klar auf der Seite der westlichen Freiheitstradition. Er hat kein Problem mit homosexuellen Ehen, weil die sexuelle Orientierung den Staat nichts angeht. Und er betont auch das Recht der Ukraine, ihre Freiheit im Kampf gegen die russische Invasion zu verteidigen.

Offensichtlich ist Milei weit über die Grenzen Argentiniens populär – auch bei US-Präsident Trump und seinen Anhängern. Wie erklären Sie sich diese Faszination?
Schlimmer als Kritik ist leider Applaus von der falschen Seite. Was Trump von Milei hält, ist völlig belanglos. Vermutlich versteht er ihn nicht einmal. Überhaupt tun wir uns keinen Gefallen, Milei in vorgefertigte Schubladen zu stecken. Das stört mich in Deutschland am meisten. Da kommt jemand, der völlig unkonventionell ist. Anstatt sich mit seinen Ideen auseinanderzusetzen, klebt man ihm das Etikett des Rechtspopulismus an.

Ein bemerkenswerter Versuch

Dass er auch bei Rechtspopulisten gut ankommt, lässt sich kaum bestreiten – und für Trump hat er neulich sogar in den USA Wahlwerbung betrieben ...
Milei hat nichts mit rechtspopulistischen Strömungen zu tun. Im Gegenteil: Er verspricht ja eben gerade nicht das Blaue vom Himmel, wie Rechtspopulisten das machen, sondern er hat angekündigt, der Bevölkerung viel abzuverlangen und die staatliche Fürsorge zu begrenzen.

Auch die Hayek-Gesellschaft selbst stand schon mal wegen mangelnder Abgrenzung zu Rechtspopulisten wie der AfD in der Kritik. Es gibt sogar Mitglieder, die deswegen ausgetreten sind. Wie ernst nehmen Sie das?

Als wissenschaftliche Gesellschaft sieht unsere Satzung strikte Überparteilichkeit vor, und wir stehen für Meinungsfreiheit. Hayek steht wie kaum jemand sonst für den sozialphilosophischen Hintergrund der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Wer sich auf dieser Basis in unsere Debatten einbringen will, ist willkommen. Alle anderen nicht.

Sie sagten eben, Milei bekomme den Preis für seinen Mut, marktwirtschaftliche Reformen durchzusetzen. Nun ist er nicht der Erste: Eine Militärjunta öffnete schon Ende der 1970er die Märkte radikal. Präsident Carlos Menem setzte auf die Dollarisierung, und zuletzt versuchte Präsident Macri sein Glück mit neoliberalen Reformen. Alle scheiterten, warum sollte es jetzt funktionieren?
Na, Punkt 1 erledigt sich von selbst: Wir wollen ja sicher keine Militärdiktatur. Und auch die beiden anderen Präsidenten gingen die Sache nicht so systemisch an, wie Milei es vorhat. Was aber stimmt: Natürlich wissen wir noch nicht, ob sich seine Pläne umsetzen lassen – da wird es viele Widerstände geben. Aber es überhaupt zu versuchen halten wir für bemerkenswert.

Von 2015 bis 2019 war Mauricio Macri Präsident Argentiniens. Foto: REUTERS

Radikalität ist neuerdings also eine Qualität für Staatspräsidenten? Milei plant harte Einschnitte in historischer Dimension, die Hälfte der Ministerien soll weg. Droht da am Ende nicht eine Massenverelendung?
Die Übergangsphase kann hart werden – das ist so. Ähnlich wie bei einer Chemotherapie. Am Ende steht aber die Aussicht auf Gesundung. Geht man gradueller vor, läuft man Gefahr, dass man nie zum Ziel kommt und sich das Siechtum immer nur weiterschleppt. Das gilt zuallererst für die Währungsreform, die Milei anstrebt.

Sie meinen die Dollarisierung, die auch schon einmal scheiterte?
Eine stabile Währung ist nicht alles, aber ohne eine stabile Währung ist alles auf Sand gebaut. Gleichzeitig die Preise freizugeben hat damals auch in Deutschland erst einmal zu einem Inflationsschub geführt, weil sich regulatorisch versteckter Preisdruck entlud. Auch diese Schocktherapie ist nicht reibungslos abgelaufen und

hat erst allmählich das sogenannte Wirtschaftswunder ermöglicht. Man kann das flankieren, nur dürfen die Flanken nicht die eigentliche Operation verhindern oder völlig verwässern.

Der Staat ist das Problem

Wann aber tut es so weh, dass die Nebenwirkungen nicht mehr erträglich sind?
Es ist ein Rennen gegen die Zeit. Sobald die Menschen eine Wende zum Besseren erkennen, wird die Akzeptanz wachsen. Je länger es sich hinzieht, desto eher kommt es zu neuen Enttäuschungen. Daher ist der Faktor Zeit so wichtig, das mag auch Mileis Ungeduld erklären.

Milei sagt, der Staat ist das Problem. Ist das nicht zu einfach, vor allem in Zeiten, wo der Staat offensichtlich mehr gefordert ist denn je: in der Verteidigungspolitik, in der Klimapolitik, auch die Industriepolitik erlebt eine Renaissance ...
Genau das ist ja das Problem. Milei sagt, der Staat muss sich auf seine Kernfunktionen konzentrieren, wenn er erfolgreich sein will. Und dort muss er dann auch liefern. Damit hat er völlig recht. Und dazu gehört natürlich die Landesverteidigung. Gerade dort aber kann er umso stärker sein, je weniger er sich anderswo verzettelt. Und auch für die Klimapolitik gilt: Es ist entscheidend, mit welchen Instrumenten der Staat einschreitet. Hier ist eine Steuerung über den Preismechanismus der beste Weg. Die eigentliche Herausforderung ist nicht das ökonomisch beste Instrument, sondern die internationale Politikkoordinierung.

Liberales Kontrastprogramm zum staatsgläubigen Mainstream

Und die Industriepolitik?
Das Problem beginnt, wenn man aus diesen Zielsetzungen eine interventionistische Industriepolitik ableitet, weil wir den Staat damit völlig überfordern. Damit erreichen wir nicht nur die Ziele nicht, sondern wir gefährden zudem unsere demokratische Verfasstheit, in dem Bürokraten immer mehr Entscheidungsgewalt bekommen. Umso eher können sich dann Partikularinteressen hinter den Kulissen ihre Pfründen sichern. Ein Staat, der nur allgemeine Regeln setzt, ist diesem Risiko nicht ausgesetzt.

Das hätte Hayek genauso formuliert. Und Sie glauben tatsächlich, dass Milei solche Erkenntnisse bei den knappen Mehrheitsverhältnissen umsetzen kann?
Hier ist immerhin jemand, der ein liberales Kontrastprogramm zum staatsgläubigen Mainstream anbietet – und durchzusetzen versucht.

Zum Vorwurf der AfD-Nähe erklärte Kooths 2021: In Wahrheit gehe es linken „kollektivistisch-konstruktivistischen Kräften“ darum, auf diesem Wege liberale Gesellschaftsvorstellungen zu diskreditieren. Foto: REUTERS

Wie grenzen Sie diese liberale Sichtweise von libertären Ansätzen ab? Milei gilt bei vielen ja auch als Libertärer?
Libertäre gehen ja so weit, das staatliche Gewaltmonopol abschaffen zu wollen. Das aber stellen weder wir in der Hayek-Gesellschaft noch Milei infrage. Trotzdem plädiere ich nicht für Brandmauern zwischen liberalen und libertären Vertretern. Das intellektuelle Kräftemessen beider Strömungen kann fruchtbar sein, auch um die eigenen Argumente zu testen und zu schärfen. Zumal mir nicht bange ist, dass die besseren Argumente auf der liberalen Seite liegen.

Die große Hoffnung der Liberalen

„Persönlich ziehe ich einen liberalen Diktator einer demokratischen Regierung ohne Liberalismus vor“, hat Hayek 1981 bei einem Besuch in Chile gesagt, wo Diktator Augusto Pinochet die Wirtschaft mithilfe neoliberaler Wirtschaftsexperten wie Milton Friedman reformierte. Geht Liberalismus, verstanden vor allem als wirtschaftliche Freiheit, ohne Demokratie?
Nein, das geht nicht. Und Ihr Zitat ist extrem verkürzt. Hayek war ein dezidierter Verfechter einer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Hayek hat nur vor einer Überforderung des Staats durch Aufgaben im ökonomischen Bereich gewarnt, weil damit zwangsläufig einer Machtverlagerung in die Bürokratie einhergeht, die sich einer demokratischen Kontrolle entzieht. Für ihn war ökonomische Freiheit Voraussetzung für politische Freiheit und eine funktionierende Demokratie.

> Hier ist immerhin jemand, der ein liberales Kontrastprogramm zum staatsgläubigen Mainstream anbietet – und durchzusetzen versucht.
>
> **Stefan Kooths**
> Vorsitzender der Friedrich August v. Hayek-Gesellschaft

Glauben Sie, dass ein Erfolg Mileis eine liberale Wende einläuten könnte, nach vielen Jahren wachsender Staatsgläubigkeit?
Ohne Zweifel haben wir eine Zeit erlebt, in der dem Staat eine wichtigere, auch industriepolitische Rolle zugeschrieben wird. Sehr getrieben auch durch den Aufstieg Chinas mit seinem staatskapitalistischen Modell. Das war der Mainstream der vergangenen 20 Jahre. Und jetzt ist mit Milei jemand da, der einen Kontrapunkt setzt, mit dem viele Liberale große Hoffnungen verbinden.

War es nicht eher die große Finanzkrise, die der Marktwirtschaft den größten Schaden zugefügt oder gar delegitimiert hat?
Die Finanzkrise hat das Ansehen der Marktwirtschaft geschädigt, ja. Leider zu Unrecht. Denn die Ursachen lagen nicht in der Marktwirtschaft, sondern in ihrer Behinderung. Zur Marktwirtschaft gehört zwingend das Haftungsprinzip. Dies wurde in Teilen des – im Übrigen hochregulierten – Finanzsystems ausgesetzt, und das hat erst zu diesen Exzessen geführt. Private Rechnungen wurden einfach durchgereicht, teils an den Steuerzahler, teils an die Notenbanken.

„Glücksfall für den Liberalismus“

Milei, der große Messias der Marktwirtschaft?
Er könnte dafür stehen, dass das Pendel zuletzt so weit in Richtung des Interventionismus ausgeschlagen ist, dass jetzt Gegenkräfte in Gang kommen, so wie in den Achtzigerjahren mit der britischen Premierministerin Thatcher.

Sehen Sie Indizien dafür?
Gleich mehrere. Nehmen wir IRA, Inzwischen wird dieses US-Subventionsprogramm nicht mehr als Vorbild empfunden. Auch Minister Habeck sagt, wir müssen etwas tun, weil die Amerikaner etwas tun. Das klingt schon deutlich defensiver nach „second best“ als „first choice“. Und auch die Warnungen vor einem Subventionswettlauf werden immer ernster genommen.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck gilt als Kritiker des protektionistischen Ansatzes des „Inflation Reduction Act“ (IRA). Foto: IMAGO/Political-Moments

Wobei die USA demnächst womöglich mehr autokratische denn freiheitlich-demokratische Züge tragen könnten ...

Wir werden sehen. Wissen Sie übrigens, was mich am meisten erschüttert hat: das mangelnde Vertrauen in die Fähigkeiten unseres westlichen freiheitlichen Modells im Hype um die dirigistische Industriepolitik Chinas, das zu Beginn der Pandemie einen Tiefpunkt erreichte. Aber gerade hier wurden die Grenzen unfreier Systeme wie in China sichtbar. Es ist nie gut, wenn ein Autokrat die Richtung vorgibt und alle hinterherlaufen. Gerade die Diversität macht offene Gesellschaften stark. Und das galt viel zu lange als Schwäche.

Was ist, wenn Milei scheitert?

Die Gefahr besteht natürlich. Aber allein, dass er es versucht, ist ein Glücksfall für den Liberalismus. Milei ist sicher nicht der Typ, der bei demoskopischem Gegenwind gleich seine Reformpläne verwässert, sondern einer, der Kurs hält.

Wir subventionieren aber trotzdem, siehe Intel?

Das stimmt, aber die Stimmung ändert sich. Ein anderes Beispiel: Das Lieferkettengesetz wird inzwischen viel kritischer gesehen, vor allem wegen seines bürokratischen Aufwands. Allein das Symptom der Bürokratielasten führt zum Umdenken. Ein weiteres Indiz: Viele Unternehmen zieht es in die USA, nicht wegen der Subventionen, sondern wegen der Entfaltungsfreiheit für Unternehmen. Das hat sich inzwischen rumgesprochen.

Vita

Stefan Kooths ist ein angesehener Konjunkturexperte. Seit 2019 führt er die Hayek-Gesellschaft – wobei es immer wieder zu Streitigkeiten um die Nähe zur AfD gekommen ist.

Der Ökonom

Stefan Kooths, Jahrgang 1969, ist Vorsitzender der Friedrich August v. Hayek-Gesellschaft und Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW). Nach dem Volkswirtschaftsstudium an der Universität Münster war er dort zunächst mehrere Jahre in Forschung und Lehre tätig. Danach ging er zum Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin. Seit 2010 arbeitet er für das IfW, zunächst als Repräsentant in Berlin und als Verantwortlicher für die Analyse der deutschen Konjunktur. Kooths ist ein angesehener Konjunkturexperte. Seine Stimme wird auch in der Politikberatung gehört. Er vertritt stets marktliberale Thesen und lehnt Subventionen strikt ab.

Die Hayek-Gesellschaft

Die Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft e. V. wurde 1998 von einer Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlerinnen, Juristen, Unternehmerinnen und Publizisten in Freiburg gegründet und hat ihren Sitz in Berlin. Die Gesellschaft betont ihre Überparteilichkeit, geriet aber vor einigen Jahren in die Kritik, weil auch AfD-Parteimitglieder wie die jetzige Chefin Alice Weidel der Gesellschaft beitraten. 2015 kam es zur Spaltung, weil die damalige Vorsitzende Karen Horn mit einer zunehmenden Abgrenzung von rechts auf Widerstand stieß. Sie trat daraufhin mit 60 weiteren Mitgliedern, darunter Christian Lindner und Michael Hüther, aus. 2021 brach erneut ein Streit in der Gesellschaft bezüglich des Umgangs mit AfD-Mitgliedern aus. Kooths erklärte damals: „AfD-Nähe ist zu einer politischen Kampfvokabel geworden, ähnlich der Nazikeule oder dem Vorwurf des Rechtspopulismus.“